

LandInForm

3/2018
AUSZUG

Herausgeber:
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

Vier Ärzte unter einem Dach

Die Gemeinde Katzenelnbogen hat dem drohenden Hausärztemangel ein Schnippchen geschlagen – mit einem Medizinischen Versorgungszentrum, das von der Kommune getragen wird. [VON ANTJE ERLER UND DENNIS WILKE]

Im Nordwesten des Taunus, zwischen Rhein, Lahn und Aar, im Mittelbereich Diez, liegt die Stadt Katzenelnbogen. Mit etwa 2 200 Einwohnern ist sie die größte Ortsgemeinde der gleichnamigen Verbandsgemeinde, Verwaltungssitz und räumliches wie infrastrukturelles Zentrum. Prognosen des Statistischen Landesamtes zufolge wird die Bevölkerung hier bis 2035 um 9,3 Prozent zurückgehen. 21 Prozent der Einwohner sind heute 65 Jahre und älter, 2035 werden es voraussichtlich 34 Prozent sein. Und das ist nicht das einzige Problem: Hausarztmangel droht. Ein Großteil der Hausärzte in der Region ist über 55 Jahre alt. Zurzeit sind acht Hausarzt-sitze unbesetzt. Damit gehört Diez laut Kassenärztlicher Vereinigung Rheinland-Pfalz zu den Mittelbereichen mit dem höchsten Nachbesetzungsbedarf. Im Jahr 2014 gaben zwei der drei niedergelassenen Hausärzte in der Verbandsgemeinde bekannt, ihre Praxen beim Eintritt in das Rentenalter schließen zu müssen, da sie keine Nachfolger finden konnten. Dieser Entwicklung wollte Bürgermeister Harald Gemmer etwas entgegensetzen. Die Lösung: Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) Einrich.

Viel Sachverstand für die Gründung

Unter seiner Federführung ließen sich die Verbandsgemeinde und die beiden Hausärzte vom Kreisgesundheitsamt und vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie beraten; eine Rechtsanwaltskanzlei analysierte die Struktur der medizinischen Versorgung in der Region. Die Empfehlung: Eine Zusammenführung der beiden Praxen in ein MVZ. Denn um junge Ärzte zu gewinnen, sind flexible Arbeitszeitmodelle notwendig, die nur größere Praxiseinheiten anzubieten vermögen. Darin können beliebig viele Ärzte oder Psychotherapeuten in einem Angestelltenverhältnis praktizieren.

Also ging es in die Planung. Ein Gesundheitsökonom ermittelte den Wert der beiden Praxen, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigte die Zusammenführung als machbar. Was fehlte, war ein geeigneter Träger. Hier wurde die Kommune einmal mehr aktiv und übernahm die Trägerschaft selbst. Die Entscheidung dafür fiel Ende 2015 in Abstimmung mit den Ortsgemeinden. Dabei nutzte sie die Möglichkeiten des im Juli 2015 in



Kraft getretenen Versorgungsstärkungsgesetzes und des geänderten Sozialgesetzbuches. Demnach ist es Kommunen nun möglich, eigene MVZ zu gründen und zu betreiben. Zudem dürfen diese nun rein allgemeinmedizinisch aufgestellt sein.

Attraktive Arbeitsbedingungen

Die Strategie ging auf: Heute sind vier Fachärzte für Allgemeinmedizin im MVZ Einrich angestellt. Seinen Namen verdankt es der Landschaft, in der es liegt. Geöffnet hat das MVZ schon im April 2016. Im Oktober 2016 wurden beide Praxisstandorte räumlich zusammengeführt, wofür eine der beiden Praxen mehrstöckig ausgebaut wurde. Im Erdgeschoss befinden sich nun ein Behandlungsraum zur Erstversorgung, die Patientenaufnahme, ein Labor, das Büro der Praxismanagerin und ein großräumiger Wartebereich. Das zweite Obergeschoss beherbergt vier Behandlungsräume, einen Raum für Elektrokardiogramme (EKG) und Ultraschalluntersuchungen sowie den Empfangsbereich. Ein elektronisches EKG kann über Bluetooth auf allen drei Etagen genutzt werden, ohne das Gerät transportieren zu müssen. Mit dem Gerät können die Ärzte auch ein EKG vor Ort beim Patienten durchführen und die Daten an das MVZ übermitteln. Durch den reibungslosen Übergang der Einzelpraxen in das MVZ war es möglich, alle Patienten zu halten und sogar neue dazuzugewinnen.

Der ärztliche Leiter des MVZ hatte zuvor 17 Jahre in eigener Praxis auf dem Land praktiziert, bis er in das Gesundheitszentrum Einrich wechselte. Hier kann er sich auf das „Arzt sein“ konzentrieren, genießt geregelte Arbeitszeiten, freie Wochenenden und hat kein eigenes finanzielles Risiko. Die Ärzte werden von zwölf Mitarbeiterinnen unterstützt, zu denen auch eine Praxismanagerin zählt. Eine Medizinische Fachangestellte soll im Jahr 2019 zur Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis (VERAH) ausgebildet werden. Sie kann den Hausärzten dann unter anderem Hausbesuche abnehmen.

Vertrauen und Beteiligung sind wichtig

Ursprünglich war geplant, das MVZ als GmbH zu gründen. Dabei hätte die Kommune nach Vorgaben der Kassenärztlichen Vereinigung jedoch eine unbegrenzte Bürgschaft übernehmen müssen. Laut Kommunalaufsicht ist dies unzulässig. Deshalb entschied sich die Kommune schließlich für eine Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR). Die Kosten für Planung und notwendige Analysen hat die Verbandsgemeinde übernommen und als Gründungskosten in die AÖR eingeführt. Sie sollen sich innerhalb von fünf Jahren amortisieren. Als Angestellte des MVZ erhalten die Ärzte ein Festgehalt und können zudem an Gewinnen beteiligt werden. Die Abrechnung erfolgt wie bei anderen Arztpraxen auch quartalsweise mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Ein Verwaltungsrat, der sich aus 14 Mitgliedern zusammensetzt, ist für den Beschluss des Wirtschaftsplans zuständig. Mit dessen Umsetzung beauftragt er den Vorstand, der aus einem Gesundheitsökonom, dem leitenden Arzt sowie einem Mitglied der kommunalen Gremien besteht.

Wie lässt sich ein Modell wie das Gesundheitszentrum Einrich in andere Regionen übertragen? Für Initiator Harald Gemmer ist das Vertrauen unter allen Beteiligten Grundvoraussetzung. „Darüber hinaus ist es wichtig, die niedergelassenen Ärzte vor Ort unbedingt in den Planungsprozess und das Projekt selbst einzubinden“, ist er überzeugt. Die gute Kooperation zwischen den beiden ausscheidenden Ärzten und der Gemeinde habe zum Erfolg des MVZ Einrich beigetragen. Ebenso der klare zeitliche Handlungsplan, über dessen Entwicklung laufend berichtet wurde, sowie die gute professionelle Unterstützung. Gemmer betont zudem: „Die kommunalen Gremien müssen wirklich bereit sein, das Modell nach der Planung tatsächlich umzusetzen. Wenn ein derartiges Konzept zu früh kommuniziert wird, dann jedoch ein Rückzieher gemacht wird, wäre ein großer Teil des Vertrauens der Öffentlichkeit zerstört.“ ■



KONTAKT:

Dr. Antje Erler
 Institut für Allgemeinmedizin
 Johann Wolfgang Goethe-Universität
 Telefon: 069 6301-84483
erler@allgemeinmedizin.uni-frankfurt.de
www.innovative-gesundheitsmodelle.de

Drei ELLI-Fahrzeuge gibt es mittlerweile im Elde-Quellgebiet.

ELLI macht mobil

In den entlegenen Dörfern des mecklenburgischen Elde-Quellgebiets sind die Bürger auch ohne Auto wieder mobil. Der Flächenbus ELLI verbindet sie mit dem öffentlichen Nahverkehr. [VON UDO ONNEN-WEBER, CLEMENS WEISS UND MARC STEINBACH]

„Ich finde das toll, dass hier jetzt was fährt“, freut sich eine Rentnerin aus dem kleinen Dorf Evchensruh morgens beim Einsteigen. Sie will für verschiedene Erledigungen in die Kleinstadt Röbel an der Müritz. Zwar verkehrt zwischen den Zentren Röbel und Wittstock eine Linie der Mecklenburg-Vorpommerschen Verkehrsgesellschaft (MVVG), aber von ihrem Häuschen in Evchensruh bis zur nächstgelegenen Haltestelle sind es noch acht Kilometer. Da die alte Dame selbst nicht mehr fahren mag und sie nicht immer mitgenommen werden kann, ist ELLI, der Flächenbus des Bürgerbusvereins Elde-Quellgebiet, für sie genau das Richtige. Strahlend nimmt sie neben dem ehrenamtlichen Fahrer aus dem Nachbardorf Platz und fährt mit ihm und drei weiteren Fahrgästen zur nächsten Haltestelle, wo sie in den Bus nach Röbel umsteigen.

Ohne Auto auf dem Land?

Für Landgemeinden wird die Mobilität ihrer Einwohner und Besucher immer mehr zur Existenzfrage. Es ist ein Teufelskreis: Wo immer weniger Menschen leben, werden die Wege zueinander immer weiter. Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) rechnet sich bei rückläufigen Bevölkerungszahlen nicht mehr und wird abgebaut. Wer kann, zieht fort. Übrig bleiben wenige, vor allem ältere Menschen.

Doch gerade für sie wird öffentlicher Verkehr zunehmend wichtiger.

Für dieses Problem gibt es unterschiedliche Lösungen. Die ÖPNV-Betreiber setzen vielerorts auf ein Rufbusangebot. Solange aber teure Fahrer mit nur wenigen Fahrgästen über die Dörfer fahren, wird dies auf Dauer nicht finanzierbar sein. Daneben werden ehrenamtliche Bürgerbusse auf dem Land immer beliebter. Sie sind allerdings umso kurzlebiger, je schwächer die Strukturen in der Region ausgebildet sind. Und auf singulären Strecken verkehrende Bürgerbusse lösen kein Flächenproblem.

Vom Bürgerbus zum Flächenbus-Netzwerk

ELLI geht einen anderen Weg: Er verzahnt das Bürgerbussystem mit traditionellen ÖPNV-Strukturen. In der Region Elde-Quellgebiet bietet die MVVG einen Linienverkehr mit geringer Taktung auf den Hauptstrecken von Zentrum zu Zentrum – abseits davon existiert nur noch der Schülerverkehr. Hier kommt ELLI ins Spiel und fährt die Fahrgäste aus den Dörfern zu den Haltestellen des Linienverkehrs. Von dort kommen sie mit dem regulären ÖPNV-Angebot weiter. Dabei funktioniert der Personenverkehr innerhalb

der Fläche auf Anfrage: Zu jedem Fahrzeug gibt es eine Telefonnummer, die die Bürger anrufen können. Da die Fahrer in der Regel in der Nachbarschaft wohnen, ist der Flächenbus in wenigen Minuten abfahrtsbereit. ELLI bedient auch den Verkehr zwischen den Dörfern, sodass die Bewohner ihre Verwandten und Bekannten in den Nachbardörfern besuchen können. Mittlerweile gibt es drei ELLI-Fahrzeuge in der Region, die aus unterschiedlichen Bereichen an die Hauptstrecke Röbel/Wittstock oder zwischen den Dörfern fahren – ein Flächenbus-Netzwerk ist entstanden. Zwar müssen die Fahrgäste hier und da umsteigen, in Zukunft wird aber eine Routing-Plattform sicherstellen, dass die Anschlüsse passen (www.hubchain.de). Diese Software-Plattform wird derzeit von einem Konsortium um die Stadtwerke Osnabrück und dem Unternehmen HACON GmbH zusammen mit dem Kompetenzzentrum ländliche Mobilität (KOMOB) entwickelt.

Getragen wird ELLI von einem Bürgerbusverein, der sich Anfang 2018 gegründet hat. In ihm sind Bürgermeister und Bürger sowie der Landkreis und die MVVG vertreten. Der Verein arbeitet nicht gewinnorientiert, weil die Fahrten nur so ohne die Auflagen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)



möglich sind. KOMOB koordinierte und begleitete den Prozess mit Fördermitteln des Bundesforschungsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern und bestreitet auch die anfängliche Finanzierungsphase. Es organisiert monatliche Arbeitstreffen und informiert die Öffentlichkeit.

Der Bürgerbusverein arbeitet derzeit mit gebrauchten PKW und Kleinbussen sowie einem Elektrovan, die er mithilfe der Fördermittel kaufte. Die Fahrer werden entweder über die Ehrenamtszuschale belohnt oder im Minijob angestellt. Eine örtliche Mobilitätsarbeitsgruppe entwickelt das Fahrtenangebot kontinuierlich weiter.

Bedarf nicht nur bei Senioren

Mittags verlassen wieder vier Fahrgäste die Buslinie aus Röbel. Da freut sich auch der Busfahrer der Mecklenburg-Vorpommerschen Verkehrsgesellschaft. Ohne die vier wäre das vielleicht wieder eine Leerfahrt geworden. Es sind dieselben Fahrgäste, die schon am Morgen ELLI nutzten. Sie haben ihre Gänge in der Stadt bequem erledigen können und werden nun von Bus und ELLI zurück in ihre kleinen Dörfer gebracht.

Derzeit besteht die Herausforderung darin, die Anzahl der Fahrgäste der örtlichen Verkehrsgesellschaft zu steigern. Nur dann kann sie die Taktung erhöhen und ein attraktives Nahverkehrsangebot ermöglichen. Aktuell fahren rund 50 Personen mit ELLI zu den

Bussen der MVVG. Im Verlauf des Projektes hat sich gezeigt, dass viele Menschen in den abgehängten Regionen gar nicht wissen, dass und wo die Busse des ÖPNV fahren. Dies wollen die Mitarbeiter des KOMOB und die Bürgermeister durch Öffentlichkeitsarbeit ändern. Zugleich wurde deutlich, dass nicht nur die ursprüngliche Zielgruppe der Senioren den Bürgerbus braucht. Auch Mütter, die ihre Kinder nachmittags in die größeren Orte zur Musikschule oder zu Turnvereinen fahren, sind an dem neuen Angebot interessiert.

Das Ziel: Integration in den ÖPNV

Wenn die MVVG erfolgreich fahren kann, soll die letzte Phase eingeleitet werden: die vollständige Integration der ehrenamtlich gefahrenen Flächenbusse in den ÖPNV. Mit der MVVG und dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist abgesprochen, dass eine „Flächengenehmigung“ erwirkt wird. Flächengenehmigung bedeutet, dass das zuständige Verkehrsamt eine ÖPNV-Genehmigung ohne Bindung an feste Strecken und definierte Haltestellen vergibt. Dies ist im derzeitigen PBefG zwar nicht vorgesehen, viele Landesämter verfahren aber schon so. In der Novelle, die momentan vorbereitet wird, soll die Flächengenehmigung Einzug halten. Die MVVG vergibt somit den Betrieb des Nahverkehrs in der Fläche an den Bürgerbusverein. Dafür erstattet sie dem Verein die für ihn durch den Betrieb entstehenden Kosten – mehr nicht, damit der Verein nicht gewinnorientiert

arbeitet und seine Dienste außerhalb des PBefG anbietet – aber dennoch ÖPNV ist.

Etwa ein Dutzend Gemeinden betreiben derzeit ELLI-Busse im Amt Röbel. Das hat Interesse geweckt: Weitere Gemeinden im Landkreis wünschen sich einen Flächenbus. Dieser wird in allen Regionen anders aussehen – denn jede von ihnen hat eine unterschiedliche Ausgangslage. Aber gemein ist allen das Grundprinzip: Nahverkehr in der Fläche muss sich mit bestehenden ÖPNV-Angeboten vernetzen, von der Dorfgemeinschaft konzipiert und aus dem Dorf heraus betrieben und verantwortet werden. Wenn dieser Paradigmenwechsel vollzogen ist, heißt es vielleicht bald nicht mehr: Das Rufbusangebot ist die Rettung des ÖPNV im ländlichen Raum, sondern der dörfliche Flächenbus. ■



KONTAKT:

Prof. Udo Onnen-Weber
Kompetenzzentrum ländliche Mobilität
Telefon: 0171 4865011
onnen@komob.de
www.komob.de



1 Bei der Abschlussveranstaltung des Programms „Hoch vom Sofa!“ präsentierten die Jugendlichen ihre Projekte. Die Teilnehmer aus Oelsnitz renovierten die Küche ihres Jugendhauses selbst – zum Fest haben sie die Küchentür mitgebracht und geschliffen.

2 Beim Projekt „Hoch vom Sofa!“ lernen Kinder und Jugendliche spielerisch den Umgang mit verschiedenen Materialien und Werkzeugen.

Starkes Land?!

In Sachsen bringen ganz junge Menschen ihre Ideen in die Dorfentwicklung ein: Drei Programme ermöglichen Kinder- und Jugendbeteiligung und möchten damit die Demokratie stärken.

[VON LILLY GÜNTNER UND SABRINA STRECKER]

„Ich hätte nicht gedacht, dass die Kinder und Jugendlichen hier im Ort so tolle Ideen haben und unsere Heimat damit noch schöner machen können“, sagt Bürgermeisterin Sylvia Hölzel aus Oppach in der Oberlausitz. Denn im Landkreis Görlitz waren ein paar besondere Spurensucher unterwegs: 80 Dorfdetektive – Grundschüler aus der ersten bis zur vierten Klasse – erforschten, wie sauber die Gemeinde ist und was auf dem Schulweg fehlt. Das Ergebnis: ungenügend. Viel Müll am Straßenrand, Hundekot auf dem Spielplatz und Graffitis an den Hauswänden. An der Bushaltestelle fehlt ein Regenschutz, und der Teich an der Grundschule könnte schöner sein. Damit gingen sie zum Gemeinderat und zur Bürgermeisterin – Verbesserungsvorschläge gleich mit im Gepäck. Ihre Ideen: eine Müllsammelaktion und neue Mülleimer, für die sie bei der örtlichen Sparkasse um eine Spende bitten wollen.

Die Dorfdetektive zeigen, dass Kinder eine Vorstellung davon haben, wie ihre Heimat aussehen soll. Dass die Grundschüler aktiv werden konnten, ermöglichte das Programm „Demokratie in Kinderhand“. Es ist neben „Hoch vom Sofa!“ und „Jugend bewegt Kommune“ eines von drei Programmen unter dem Dach „Stark im Land – Lebensräume gemeinsam gestalten“, initiiert von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Damit unterstützt die DKJS sächsische Kommunen dabei, kinder- und jugendfreundlicher zu werden.

Von klein auf mitbestimmen

Wenn sich Kinder und Jugendliche mit ihrem Heimatort auseinandersetzen dürfen, haben sie das Gefühl, dass Erwachsene sie Anteil haben lassen und ernst nehmen. So lernen junge Menschen früh, demokratisch zu handeln und demokratische Strukturen zu stärken. Die ländlichen Räume in Sachsen könnten in Zukunft womöglich davon profitieren.

Bis 2030 wird die Bevölkerung hier um neun bis 13 Prozent zurückgehen; das Durchschnittsalter wird auf 50 bis 51 Jahre steigen. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen hingegen schrumpft. Kommunale Akteure und Politiker nehmen sie bislang kaum als Experten und Gestalter des Gemeinwesens wahr. Dazu kommen schwindende Freizeitangebote, lange Schulwege und wenige Gleichaltrige in den Dörfern. Damit sie Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft werden und ihre Lebenswelt aktiv beeinflussen können, brauchen sie Unterstützung. Hier setzt die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung mit ihrem Programm an und verschafft auch den Kommunen Vorteile: Können sich Kinder früh einbringen, belebt das die Gemeinschaft. Außerdem akzeptieren Menschen politische Entscheidungen und demokratische Prozesse eher, wenn sie mitentscheiden dürfen.

Von Jugendlichen für Jugendliche

Kommunen können Kinder mit entsprechenden Angeboten zum Mitmachen ermuntern. Jugendliche hingegen haben auch von sich aus viele Einfälle, um mehr Leben in ländliche Regionen zu bringen. Das Programm „Hoch vom Sofa!“ unterstützt sie dabei. So wie in

Eppendorf im Landkreis Mittelsachsen. Dort haben elf Jugendliche im Sommer 2017 ein Elektrofestival im örtlichen Jugendclub auf die Beine gestellt. Damit haben sie genau den richtigen Nerv getroffen – über 300 junge Menschen haben mit ihnen gefeiert.

Das Motto von „Hoch vom Sofa!“, von Jugendlichen für Jugendliche. Egal ob Konzert, Skatepark oder Proberäume – wer eine Idee hat, kann sich bewerben. Eine Jury aus Jugendlichen entscheidet, welche Projektideen gefördert werden und bis zu 1 500 Euro erhalten. Das Team von „Hoch vom Sofa!“ besucht die Projekte vor Ort und ist Ansprechpartner bei Fragen und Problemen. So können die Jugendlichen ihren Heimatort nach ihren eigenen Wünschen gestalten, denn sie wissen selbst am besten, was ihnen fehlt.

Beteiligung und Identifikation

Damit Projekte wie das Elektrofestival Realität werden können, fördert das Programm „Jugend bewegt Kommune“ Arbeitsgruppen vor Ort. Bürgermeister, Gemeinderäte, und Kommunalverwaltung, Vertreter aus Kita, Schule, Jugendhilfe oder Vereinen sowie Gewerbetreibende kommen dazu regelmäßig zusammen. Sie diskutieren die Ideen und Vorhaben der jungen Menschen und setzen sie anschließend mit den Kindern und Jugendlichen in die Tat um. Wer mitmachen möchte, kann sich über die Website der Gemeinde, das Amtsblatt und Plakate oder über die Kitas, Schulen und Vereine informieren.

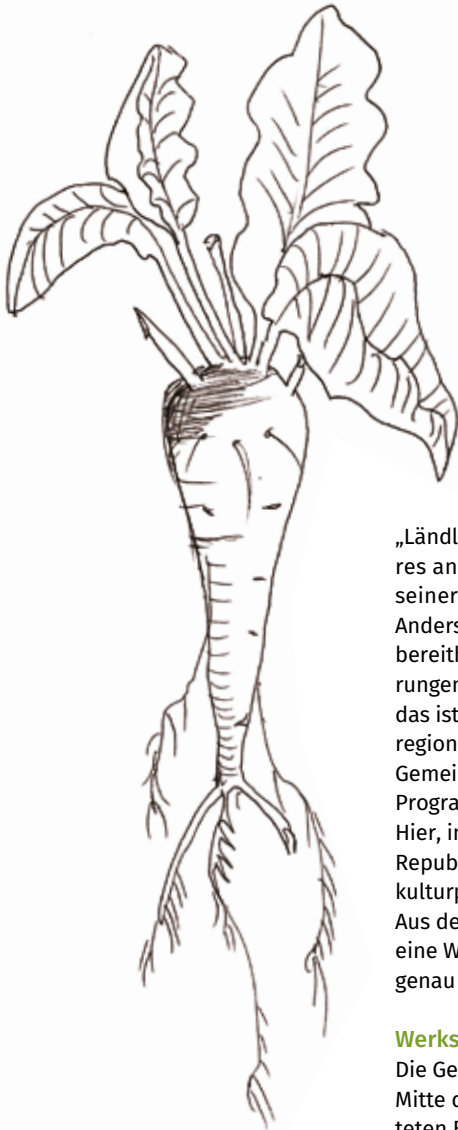
Die Erfahrung zeigt, dass die gemeinsame Arbeit alle Generationen in einem Dorf näher zueinander bringt. Und wer wie in Eppendorf im Gemeinwesen aktiv war, hat auch im Erwachsenenalter einen engen Bezug zur Heimat. Es können Freundschaften und tragfähige Netzwerke entstehen, für die einige nach Ausbildung, Studium und ersten Berufserfahrungen wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Damit Kinder- und Jugendbeteiligung in ländlichen Kommunen gelingt, müssen Kommunalverwaltung und Gemeinderat sie auch wollen und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen an den nötigen Strukturen arbeiten. Außerdem braucht es Ansprechpartner, die Beteiligungsvorhaben konzipieren, umsetzen und die jungen Menschen ermuntern, teilzuhaben und selbst aktiv zu werden. Denn das ist die wichtigste Grundlage für Demokratiebildung: Sie muss im Alltag erlebbar sein und in der Lebenswelt junger Menschen stattfinden. ■



KONTAKT:

Peggy Eckert, Edda Laux und Anikó Popella
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) Sachsen
Telefon: 0351 32015650
sachsen@dkjs.de
www.starkimland.de
www.dkjs.de



Verwandlung eines Museums

Wie sich Kultureinrichtungen auf dem Land verändern können, zeigt das Oderbruch Museum Altranft in Brandenburg.

[VON SAMO DARIAN UND KRISTIN BÄSSLER]

„Ländliche Kultur lässt sich nicht mehr ohne Weiteres an der Kirche im Dorf oder am Schmied in seiner Schmiede erkennen“, sagt Dr. Kenneth Anders. „Sofern das Landleben eigene Erfahrungen bereithält, ist es Aufgabe der Kultur, diesen Erfahrungen Ausdruck und Gestalt zu verleihen – und das ist eine Werkstattarbeit, die in einer vitalen regionalen Selbstbeschreibung wurzeln muss.“ Gemeinsam mit Lars Fischer leitet Anders das Programmbüro im Oderbruch Museum Altranft. Hier, im Osten Brandenburgs, an der Grenze zur Republik Polen, haben beide einen erfolgreichen kulturpolitischen Veränderungsprozess initiiert. Aus dem früheren Freilichtmuseum machten sie eine Werkstatt für ländliche Kultur. Doch was genau bedeutet das?

Werkstatt für ländliche Kultur

Die Geschichte des heutigen Museums begann Mitte der 1970er Jahre. Nicht zuletzt, weil die erwarteten Besucherzahlen nicht erreicht wurden, stand seit der Jahrtausendwende wiederholt die Schließung der Einrichtung im Raum. Im Jahr 2015 stießen der Landkreis Märkisch-Oderland, das Land Brandenburg und das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“, das von der Kulturstiftung des Bundes initiiert wurde, schließlich die Neukonzeption an.

Die frühere Sammlung des Oderbruch Museums Altranft bestand vornehmlich aus gutsherrschaftlichem Interieur sowie bäuerlichen Alltagsgegenständen: Spaten, Rübenstecher, Dampfkochtöpfe, Schränke, Radios. Heute hingegen geht es in Altranft darum, den Diskurs mit den Menschen der Region zu suchen. Das überschreitet die klassischen Aufgaben eines Museums. Neben Gegenständen sammelt es nun Geschichten, es werden Theaterstücke inszeniert, Ausstellungen kuratiert, politische Salons organisiert und regionale Jahresthemen

behandelt: vom Handwerk, über das Wasser bis zur Landwirtschaft. Wichtige Stichwortgeber sind dabei die Bewohner des Oderbruchs. In den Jahresausstellungen und in der jährlich erscheinenden Publikation berichten sie von ihren Erinnerungen und Kenntnissen über den Oderbruch und kommen so mit ihren regionalen Erfahrungen zu Wort. Darüber hinaus vernetzt sich das Museum mit den Heimatstuben und Dorfmuseen, kulturellen Initiativen und den Gemeinden der Region. Zusammen bewerben sie sich für das Europäische Kulturerbesiegel und entwickeln dafür ein gemeinsames Verständnis des kulturellen Erbes des Oderbruchs sowie Instrumente, um dieses Erbe zu vermitteln.

Seit 2016 fördert Trafo die Transformation des Oderbruch Museums; über die Projektlaufzeit von fünf Jahren erhält es insgesamt bis zu 1,795 Millionen Euro. Der Landkreis Märkisch-Oderland und die Stadt Bad Freienwalde kofinanzieren das Vorhaben. „Kultureinrichtungen spielen eine wichtige Rolle, wenn es um den Zusammenhalt in der Gesellschaft geht. Das ist in Großstädten so und auf dem Land nicht anders. Das geht aber nicht ohne starke Partner aus der Politik und ohne kooperationswillige Kulturträger“, sagt Hortensia Völckers, die Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes.

Mehr als Bewahren

Dem Oderbruch Museum Altranft ist die Zusammenarbeit mit den umliegenden Schulen ein Anliegen. Es lädt Schüler und Lehrer ein, zu Themen der Region zu forschen. Die entstehenden Materialien werden so aufbereitet, dass andere Schulen sie nutzen können. Kenneth Anders, Lars Fischer und ihr Team haben dafür ein Netzwerk für landschaftliche Bildung ins Leben gerufen, das im Museum einen festen Ort hat. Derzeit besteht es aus acht Schulen und einem Kindergarten. Diese gestalten



1



2

ihre Bildungsarbeit stärker mit Bezug zum Oderbruch: Die Schüler arbeiten mit den Sammlungsgegenständen, mit Grafiken, Texten und Tönen. So schreiben sie ihre ganz eigenen Erzählungen über die Landschaft und bringen sich ins Oderbruch Museum ein.

Das Museum zeigt: Kultureinrichtungen können mehr sein als Bewahrer des kulturellen Erbes. Sie sind wichtige Orte eines gelebten Zusammenhaltes, bieten Raum für die Auseinandersetzung über das Zusammenleben und die Perspektiven einer Region. Gleichzeitig eröffnen sie die Möglichkeit, die eigene Region zu gestalten und Themen wie die Identität einer Region zu verhandeln.

Neue Aufgaben für ländliche Kultureinrichtungen

Das Programm TRAFO fördert Projekte, die darauf abzielen, Angebote und Strukturen öffentlicher Kultureinrichtungen auf dem Land zu transformieren. Dafür baut es regionale Allianzen zwischen Kulturinstitutionen, Politik und Verwaltung auf. Die Kulturträger erarbeiten neue Modelle, die zeigen, welche Aufgaben sie in ländlichen Regionen zukünftig übernehmen können. In der ersten Förderphase 2016 bis 2020 beteiligen sich Kultureinrichtungen aus Südniedersachsen, der Saarpfalz, der Schwäbischen Alb – und eben dem Oderbruch. Ab 2018 unterstützt Trafo in einer zweiten Förderphase weitere 18 Regionen dabei, ein Transformationsprojekt zu entwickeln. Im Sommer 2019 wählt eine Fachjury die fünf besten Konzepte für die Umsetzungsphase bis 2023 aus.

Damit Kultureinrichtungen ihre Aufgaben im gesellschaftlichen Wandel bewältigen können, müssen sie sich öffnen und mit den Akteuren ihrer Region zusammenarbeiten. Dort, wo es nur wenige Kultureinrichtungen gibt, ist es umso wichtiger, gemeinsame Strategien für das Kulturangebot der Region zu erarbeiten.

In den Trafo-Regionen lassen sich erste Strategien ablesen, wie sich Kultureinrichtungen auf dem Land verändern können: Wie im Oderbruch entwickeln

sich auch andere Museen, Theater und Bibliotheken weiter zu neuen Zentren der Kultur und Begegnung und bündeln die kulturellen Aktivitäten der Region in ihren Häusern. Kulturträger kleiner und mittlerer Städte werden mobil und gehen mit ihrer Arbeit über die Stadtgrenzen hinaus, um mit Partnern in den umliegenden Regionen Projekte und Angebote zu entwickeln. Wieder andere Kultureinrichtungen schließen sich mit thematisch passenden Einrichtungen zusammen: Im Verbund wollen sie die Qualität ihrer Angebote verbessern und gemeinsam Inhalte und Angeboten entwickeln. Und schließlich arbeiten einige Regionen daran, verlässliche Strukturen und Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft zu etablieren, die regionale Kulturakteure beraten, unterstützen und vernetzen. ■

1 Aus der Museums-
werkstatt: Gestaltungs-
ideen zum
Museum Altranft

2 Die Museumswerk-
statt ist ein Raum,
um mit Kindern
und Jugendlichen
im Schulnetzwerk
zusammenzu-
arbeiten.

SERVICE:

Ideenkongress

Wie solche Strategien für die Transformation kultureller Einrichtungen funktionieren können, diskutiert Trafo bei einem bundesweiten Ideenkongress zur Kultur, Alltag und Politik auf dem Land vom 19. bis 21. September 2018 in Halle an der Saale.

Das Oderbruchmuseum im Internet
www.museum-altranft.de



KONTAKT:

Kristin Bäßler
TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel
Projekteure bakv gUG
Telefon 030 609886052
kristin.baessler@trafo-programm.de
www.trafo-programm.de